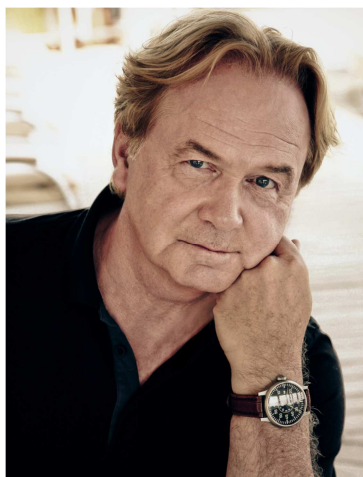


Das Ende aller Tage...

Den Bürgern Berlins gebührt ein großes Lob. Sie nehmen den Flüchtlingsansturm als das hin, was er ist: eine einzige Katastrophe. Und bei Katastrophen lautet das erste Gebot: Ruhe bewahren! Bislang, und möge es so bleiben, ist es den Neonazis nicht gelungen, diese erforderliche Besonnenheit zu zerstören. Der Anschlag mit brennenden Holzplatten auf ein Flüchtlingsheim in Marzahn-Hellersdorf ist jedoch Warnung.

Auch wenn es wenig nutzen wird, diese Brandstifter, aber auch alle vernünftigen Menschen, sollten sich ein Lied von Klaus Hoffmann anhören. Das würde weiterhelfen: www.klaus-hoffmann.com



Der Berliner Liedermacher schreibt dazu auf seiner Internetseite:

„Würde man in dieser Zeit, wo jeden Tag die Schiffsmeldungen kommen, Menschen aus Booten und von LKWs fallen, wie Akten abgewiesen werden, Politiker überfordert ob des Ansturms der Flücht-

linge, würde man wie es doch schon so viele tun, einfach etwas wagen, Stimme heben, losgehen.. tun? Da wo rechtes Gedankengut sich breit macht, der Biedermann schon im Geiste zündelt und wir hilflos vor der Tatsache stehen, nicht zu wissen, wie diesem Ansturm der Ärmsten der Armen zu begegnen, wie denen zu helfen ist ... in dieser Zeit...? Das Ende aller Tage - der Anfang allen Seins.“

Die gegenwärtige Situation ist eine Katastrophe in erster Linie für diejenigen, die hier im wahrsten Sinne des Wortes stranden. Aber auch eine Katastrophensituation für die Stadt, vergleichbar mit einem Erdbeben oder einer Feuersbrunst, nach denen plötzlich Tausende Menschen obdachlos sind und auf Hilfe warten. Im Gegensatz zu unerwarteten Naturereignissen, die ganz plötzlich einfach geschehen, ist das Eintreffen der Flüchtlinge in Berlin Schritt für Schritt zu beobachten und vorherzusehen, dass dieser Strom nicht abbrechen wird. Es ist also eine Katastrophe mit Ansage und Vor-

warnung. Das müsste eigentlich für die Behörden ein Vorteil sein, weil besser darauf zu reagieren wäre. Das ist aber leider nicht der Fall.

Wir können jetzt lange darüber diskutieren, wie solidarisch andere EU-Staaten mit der Flüchtlingsproblematik umgehen und warum Deutschland den Hauptteil der Lasten tragen muss. Wir können auch darüber diskutieren, warum die Bearbeitung von Asylanträgen anderswo ein paar Tage und bei uns Monate dauert. All das muss diskutiert und schnellstens einer Lösung zugeführt werden. So lange können aber die hier eintreffenden Flüchtlinge nicht warten. Sie sind da. Stehen vor der Tür. Haben Hunger und Durst. Und bevor ermittelt wird, ob sie zu Recht oder Unrecht hier sind, muss ihnen mit dem Notwendigsten geholfen werden, zum Beispiel einem Glas Wasser.

Dass die Mitarbeiter des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) auf dem Zahnfleisch laufen, muss auch zur Kenntnis genommen werden, ehe man immer wieder medial auf diese einprügelt. Sie stehen am Ende der Befehlskette und können auch nicht mehr tun, als ihr Bestes zu geben. Und das in einer Zeit, wo sich viele noch in den Sommerferien befinden und andere in die Krankheit verabschiedet haben.

In den Berliner Verwaltungen wird nicht nur Dienst nach Vorschrift gemacht. In den Jugendämtern brennt die Luft genauso wie an anderen Stellen. So einfach mal ein paar Hundert Leute abzuziehen, ist nicht der Königsweg. Die Infrastruktur muss schließlich erhalten bleiben, man kann den öffentlichen Bereich nicht einstellen und auf ein Problemfeld konzentrieren. Fragen dürfen aber dennoch gestellt werden: Würde die Sicherheit und Ordnung in Berlin zusammenbrechen, wenn die Mitarbeiter der Ordnungsämter Dienst für die Flüchtlinge leisteten? Am meisten freie Kapazitäten scheinen in den für Baugenehmigungen zuständigen Stellen vorhanden zu sein, vor allem in Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg, wo offenbar ohnehin die meisten Bauanträge abgelehnt werden.

Nun sollen die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes befragt werden, ob sie sich freiwillig für die Flüchtlingshilfe melden würden. Sollte sich jemand auf diesem Wege bereiterklären, hätte er vermutlich erst einmal Probleme mit seinem Personalrat, der auf die Arbeitszeit schaut, vor allem am Wochenende. Nein, so lässt sich das Problem nicht lösen. Gesellschaftliches Engagement ist gefragt, wozu

ich neben Privatpersonen auch alle Träger der Hilfsdienste und des Katastrophenschutzes zähle. Habe ich das richtig verstanden, dass ein Hilfsdienst drei Mitarbeiter abstellen wollte und erst geklärt werden musste, wie diese finanziert werden? Bei einem Brand kann man auch nicht erst eine Ausschreibung für Feuerwehrleute abwarten, sondern muss so schnell wie möglich selbst löschen. Meinetwegen soll auch die Bundeswehr eingesetzt werden, was sinnvoll wäre, bevor sich die Soldaten an ungenau schießenden Gewehren verletzen.

Privates Engagement wie „Moabit hilft“ und „Wilmerdorf hilft“ ist großartig. Aber, diese voller Hilfsbereitschaft überquellenden Menschen haben einen großen Nachteil: Sie haben keine Ahnung davon, wie man eine wirksame Hilfe organisiert. Das ist kein Vorwurf. Es gibt ja die Experten in den Hilfsorganisationen, die dazu in der Lage sind. Diese müssten die hoffentlich immer mehr werdenden Privathelfer anleitend unter ihre Fittiche nehmen. Die Hilfsbereiten allein vor sich hin werkeln zu lassen, ist verantwortungslos diesen und den Flüchtlingen gegenüber.

Sicherlich war es nicht schlau, frische Lebensmittel bei der Hitze der letzten Tage einlagern zu wollen. Eine Banane nimmt allerdings keinen Schaden dadurch, dass sie in einem Karton auf dem Fußboden statt auf einem Tisch steht. Und das ist wieder typisch für die Verwaltung: Bevor jemand einen Tisch vorbeibringt, kommt das Gesundheitsamt und schließt den Laden. Wie es nicht geht, wissen alle, bloß nicht wie es geht. Es muss gehandelt werden, nicht nur in Berlin.



Ich weiß nicht, unter welchen Voraussetzungen der Katastrophenfall wie in München ausgelöst werden kann und ob das die Lösung wäre. Im Internet jedenfalls verweist eine Seite auf die Senatsinnenverwaltung in Sachen Katastrophen. Von dieser hört man wenig. Mario Czaja, der Sozialsenator, muss für alles herhalten. Wer ist für das Ausrufen des Katastrophenfalles zuständig? Der Innensenator? Der Regierende Bürgermeister? Angeblich

regiert gegenwärtig Bürgermeisterin Dilek Kolat Berlin. Dann soll sie das machen, so lange die anderen im Urlaub sind. Die Krise muss gemanagt werden und das wird sie unzureichend. Alles dauert viel zu lange. Wenn man in Berlin nicht einmal Tische auftreiben kann, dann behüte uns wer auch immer vor anderen Katastrophen.

Die Hilfe muss koordiniert werden. Und die Helfenden müssen ernst genommen werden. Hilfreich ist es nicht, wenn eine Seite die andere beschimpft. Es sind überflüssige Meldungen, wenn berichtet wird, dass eine Frau von „Moabit hilft“ den Chef des La-GeSo, Franz Allert, über das Gelände vor dem Amt hat laufen sehen und sich dann darüber aufregt, dass er sie nicht angesprochen hat. Warum hat sie ihn nicht angesprochen? In jeder Sendung findet die Abendschau jemand, der sich über die Verwaltung beschwert. Kann man den Verständigungsprozess zugunsten der Flüchtlinge nicht lieber befördern, anstatt ständig Unfrieden zu säen. Den Mitarbeitern der betroffenen Verwaltungen geht eine derartige Berichterstattung – frei nach Til Schweiger – inzwischen „auf den Sack“. Sie sollen ausbaden, was ihre Vorgesetzten nicht in der Lage sind zu organisieren. Wenn alle weniger meckern und mehr zugreifen, wäre schon viel gewonnen.

Wichtig ist, dass die Hilfs- und Spendenbereitschaft nicht abreißt. Ein Freund von mir war letzte Woche einkaufen: Seife, Zahnpasta und Zahnbürsten, und lieferte diese vor Ort ab. Bei jeder Katastrophe weit weg von uns, werden sofort Kontonummern veröffentlicht. Habe ich diese im Falle „unserer“ Flüchtlinge übersehen? Wir können offenbar nicht davon ausgehen, dass, weil wir hier Steuern zahlen, der Senat alle Kosten trägt. Und bevor wir darauf warten, dass alles gut wird, sollten wir selbst tätig werden.

Wie geht es aber nun weiter? Man kann die Rechnung aufmachen, wie lange es bei dem Flüchtlingsstrom dauert, ehe alle 21 Millionen Syrer geflüchtet sind. Vier Millionen sind schon weg, wie lange brauchen die restlichen 17 Millionen? Und dann? Assad allein zu Haus? Syrien ist nicht das einzige Problem.

Ja, alles ist schwierig. Wenn es einfach wäre, bräuchten wir keine Politiker. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politiker im Ernstfall hat auf der nach unten offenen Skala einen neuen Tiefstwert erreicht.

Ed Koch